

## Pressespiegel vom 13.10.2011

### **Sächsische Zeitung**

#### **Blockadeprozess platzt zum Auftakt**

*Von Alexander Schneider*

*Im Verfahren gegen einen mutmaßlichen Blockierer vom 19. Februar muss die Polizei nun nachermitteln.*

Ein aussageloses Polizeivideo und ein möglicherweise nicht konsequent durchgesetzter Polizeikessel sind neben weiteren Mängeln der Grund, warum gestern am Amtsgericht Dresden der Prozess gegen einen 22-jährigen Studenten geplatzt ist. Richter Hajo Falk kündigte Nachermittlungen an und will das Verfahren im Dezember mit weiteren Zeugen neu aufrollen.

Es war der erste Prozess gegen einen mutmaßlichen Blockierer vom 19. Februar dieses Jahres. Der Student muss sich wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz verantworten. Mit bis zu 1.700 Gegendemonstranten soll er in der Landeshauptstadt eine Nazi-Demo verhindert haben.

Der Angeklagte – er hatte gegen einen Strafbefehl über 150 Euro Einspruch eingelegt – machte keine Angaben zur Sache selbst. Seine Verteidigerin Kristin Pietrzyk aus Jena argumentierte, der Polizeikessel, wo die Personalien der Blockierer festgestellt wurden, habe lange offen gestanden. „Es ist nicht auszuschließen, dass Passanten so in den Kessel gerieten.“ Die Beweislage gegen angebliche Blockierer sei nicht klar, kritisierte sie.

Etwa 50 Schaulustige der linken Szene feierten den geplatzten Prozess als Etappensieg für sich. Demonstranten entrollten vor dem Gericht ein Transparent mit der Aufschrift: „Ziviler Ungehorsam ist legitim.“ (lex)

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2886112>

---

#### **Schwieriger Handschlag zum 13. Februar**

*Von Bettina Klemm*

*Mit einer Demonstration in Hör- und Sichtweite wollen die demokratischen Parteien gegen braune Aufmärsche protestieren. Streit gibt es aber um Blockaden.*

Dresden will im Februar ein großes Zeichen gegen Rechts setzen. Doch um das Wie wird noch kräftig gerungen. Am 19. Oktober wollen die Mitglieder der „Arbeitsgruppe 13. Februar“ entsprechende Beschlüsse fassen. Zuvor hatte Moderator Frank Richter gestern Partei- und Fraktionschefs zu einer Beratung eingeladen.

#### **Einigkeit besteht über erneute Menschenkette**

Unstrittig ist nach SZ-Informationen, dass es am 13. Februar erneut eine Menschenkette zur Erinnerung an die Zerstörung der Stadt und als gemeinsames Zeichen gegen Neonazi-Aufmärsche geben soll. In diesem Jahr hatten sich zwar rund 17000 Dresdner an der Kette beteiligt, dennoch marschierten die Neonazis durch die Stadt. Eine Woche später kam es zudem noch zu schweren Krawallen. So

gibt es bei den Beteiligten der AG auch Einigkeit darüber: Menschenkette und Mahnwachen allein reichen nicht aus.

### **Annäherung gibt es beim Protest in Hör- und Sichtweite**

Im Ergebnis einer Analyse der Februar-Ereignisse in diesem Jahr hatten die beiden Juristen Peter Lames und Christian Avenarius im März eine große zentrale und friedliche Kundgebung in Hör- und Sichtweite der Neonazis vorgeschlagen. Das sollte auf der Basis des geltenden Versammlungsrechtes geschehen.

Auch zu diesem Thema scheint es inzwischen weitgehende Einigung zu geben. In der gestrigen Landtagssitzung signalisierte Christian Hartmann von der CDU-Fraktion seine Zustimmung. Der unwürdige Wettstreit, wer der beste Antifaschist sei, müsse endlich ein Ende haben. Ziel sei es, das würdige stille Gedenken der Dresdner wieder zu ermöglichen. „Eine Veranstaltung in Hör- und Sichtweite der Neonazis kann ich mir gut vorstellen“, bestätigt CDU-Fraktionschef Georg Böhme-Korn. Ihm sei es allerdings wichtig, dass sie im Rahmen von Recht und Gesetz bleibe. Für den Protest in Hör- und Sichtweite sprechen sich auch Grüne und Linke aus. „Es muss gewaltfrei bleiben, ist dabei unsere oberste Prämisse“, sagt Christiane Filius-Jehne, Grünen-Sprecherin im Stadtrat.

### **Streitpunkt bleibt die Teilnahme an Blockaden**

Doch die Einigkeit bröckelt, wenn es um das Thema Blockade geht. „Die Teilnahme an einer friedlichen Blockade ist eine Gewissensentscheidung“, sagt Dresdens SPD-Chefin und Landtagsabgeordnete Sabine Friedel. Sie wolle sich nicht vorschreiben lassen, ob sie daran teilnimmt oder nicht. Sie hält es für falsch, wenn die CDU ihre Teilnahme an gemeinsamen Protesten mit der Forderung verknüpfe, sich von Blockaden zu distanzieren. Ein klares Ja zur Blockade hat am vergangenen Wochenende das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ verkündet. Es gehe darum, den Nazis entschlossen entgegenzustehen und deren Aufmarsch auch 2012 wieder zu blockieren, hieß es in einer Erklärung. Nazifrei schlägt ein Blockadetraining vor.

### **Angst vor linksextremen Ausschreitungen wächst**

Die zarte Annäherung der Landtagsfraktionen bekam gestern gleich einen Dämpfer. CDU-Landtagsabgeordneter Christian Hartmann hatte der Opposition ein Gesprächsangebot unterbreitet. Das sieht aber Koalitionspartner FDP anders: „Wir werden nicht mit Feinden des Rechtsstaates aus der linksextremistischen Ecke zusammenarbeiten“, erklärte Vize-Fraktionschef Carsten Biesok. Die FDP werde niemals Gruppierungen Rückendeckung geben, die demokratische Grundrechte mit Füßen treten, indem sie beispielsweise genehmigte Demonstrationen gewalttätig zu verhindern versuchen.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2886332>

---

### **Es bleibt eine brüchige Allianz**

*Von Binninger.Annette@dd-v.de*

*Annette Binninger über die Pläne der Parteien für den 13. Februar*

Alle Bemühungen der demokratischen Parteien, am 13. Februar ein großes, gemeinsames Zeichen gegen Rechts zu setzen, können am Ende dann doch nicht darüber hinwegtäuschen: Es wird auch diesmal bestenfalls eine brüchige Allianz geben. Eine auf Zeit, mit vielen unausgesprochenen Vorwürfen und Schuldzuweisungen. Mehr scheint nicht drin zu sein.

Seit Monaten nun bemühen sich die Parteien von CDU bis Linkspartei, um wenigstens am 13. Februar, besser noch, auch am vermutlich größeren Neonazi-Aufmarsch-Tag, dem 18. Februar 2012, zumindest eine gemeinsame symbolische Aktion zu starten. Das grundsätzlich Trennende wird auch in den nächsten Tagen wohl nicht überwunden werden: Die von der einen Seite geforderte klare Distanzierung von Blockade-Aktionen wird es von der anderen Seite kaum geben. Aber das darf keine Ausrede dafür sein, nicht zumindest einen Minimalkonsens des guten Willens zu finden. Am Ende bleibt sonst das für alle schädliche Bild eines zerstrittenen, eines unentschlossenen Dresden, das nicht einmal eine brüchige Allianz zustande bringen kann.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2886337>

---

## **Weg frei für Strafprozess gegen André Hahn**

*Von Karin Schlottmann*

*Vor mehr als einem Jahr hat der Fraktionschef der Linkspartei, André Hahn, zu einer Sitzblockade gegen Neonazis aufgerufen. Jetzt droht ihm ein Strafprozess.*

Der Landtag hat gestern am späten Abend die Immunität des Fraktionschefs der Linkspartei, André Hahn, aufgehoben. Damit kam das Parlament einem Antrag der Staatsanwaltschaft Dresden nach. Die Koalitionsabgeordneten von CDU und FDP stimmten dafür, die Oppositionsfraktionen von Linkspartei, SPD und Grünen votierten mit Nein.

Die Justiz wirft Hahn vor, verantwortlich zu sein für die Blockade eines Neonazi-Aufmarsches am 13. Februar 2010. Die sächsische Justiz wertet Sitzblockaden gegen genehmigte Demonstrationen als Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Hahn droht eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren. Die Zahlung einer Geldauflage in Höhe von 500 Euro an einen gemeinnützigen Verein hatte Hahn abgelehnt. Bis zuletzt hatte sich der Links-Politiker gegen die Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität gewehrt. Noch am Morgen hatte seine Fraktion beantragt, die Abstimmung bis zur Klärung aller rechtlichen Fragen zu verschieben. Diesem Wunsch waren allerdings nicht einmal die Grünen gefolgt, die ähnlich wie die Linkspartei das Ermittlungsverfahren gegen Hahn für „Willkür“ halten.

Hahn hatte die Abgeordneten vor der Abstimmung gebeten, dem Antrag der Staatsanwaltschaft nicht zuzustimmen. Es gehe in seinem Fall weder um Diebstahl noch um Körperverletzung oder ein Verkehrsdelikt, sondern um eine politischen Protestaktion gegen einen geplanten Neonazi-Aufmarsch in Dresden. Zur vermeintlichen Tatzeit sei er zudem gar nicht am Ort der Sitzblockaden gewesen, sondern habe an der Menschenkette in der Altstadt teilgenommen.

Hahn nannte es einen Missbrauch des Strafrechts, wenn gegen ihn als Fraktionschef einer Oppositionspartei ermittelt werde, gegen andere Politiker aber nicht. Gegen seinen Parlamentarischen Geschäftsführer sei das Verfahren eingestellt worden,

obwohl dieser die ganze Zeit vor Ort gewesen sei. „Die politische Absicht ist nicht zu übersehen.“

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Christian Piwarz, erklärte in einer Pressemitteilung, seine Fraktion habe zugestimmt, weil es dem Landtag nicht zustehe, über Schuld oder Nichtschuld Hahns zu urteilen. „Das Parlament ist kein Gericht.“ Es sei aberwitzig, wenn sich Hahn zum Märtyrer stilisiere und dem Landtag vorwerfe, Demonstranten zu kriminalisieren.

Die Abstimmung in der Landtagssitzung war notwendig geworden, weil der zuständige Ausschuss zuvor zwar mehrheitlich, nicht aber einstimmig für die Aufhebung der Immunität votiert hatte.

Grundsätzlich genießen Abgeordnete Immunität vor Strafverfolgung. Das heißt, die Justiz darf gegen sie nur vorgehen, wenn der Landtag keine Einwände hat. Die Immunität soll verhindern, dass die Arbeitsfähigkeit des Parlaments behindert wird, indem zum Beispiel durch ein Strafverfahren die Mehrheitsverhältnisse im Parlament verändert werden. Dieser Schutz dient deshalb in erster Linie dem Landtag in seiner Gesamtheit.

Die Staatsanwaltschaft kann nun Anklage erheben oder einen Strafbefehl beantragen. Zuständig für einen Strafprozess wäre das Amtsgericht Dresden. Das gilt auch für die Verfahren gegen die Politiker der Linken Bodo Ramelow (Thüringen) sowie Willi van Ooyen und Janine Wissler (beide Hessen). Deren Verfahren dürften allerdings zu einem späteren Zeitpunkt beginnen.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2886395>

---

## Dresdner Neueste Nachrichten

### 13. Februar in Dresden: CDU spricht sich erstmals für gemeinsamen Protest gegen Neonazis aus

*dpa*

Dresden. Die CDU hat sich erstmals klar für Proteste in „Sicht- und Hörweite“ der alljährlichen Dresdner Neonazi-Aufmärsche ausgesprochen. In einer Landtagsdebatte bot der CDU-Abgeordnete Christian Hartmann am Mittwoch zugleich allen demokratischen Kräften einen Dialog im Streit um angemessene Reaktionen auf die Neonazis an. Bisher hatte sich die Union stets auf die von der Stadt Dresden organisierte Menschenkette konzentriert und sich nicht an Demonstrationen in unmittelbarer Nähe der Rechtsextremen beteiligt. „Der Wettbewerb um die besten Antifaschisten muss aufhören“, sagte Hartmann. Rechtsextremen müsse man entgegentreten - aber nur ohne Gewalt. Linke, Grüne und SPD bedankten sich bei Hartmann.

© DNN-Online, 12.10.2011, 12:20 Uhr

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail?>

[p\\_p\\_id=DetailPortlet\\_WAR\\_queport&p\\_p\\_lifecycle=1&p\\_p\\_state=normal&p\\_p\\_mode=view&p\\_p\\_col\\_id=column-1&p\\_p\\_col\\_pos=5&p\\_p\\_col\\_count=7&\\_DetailPortlet\\_WAR\\_queport\\_querystring=13-](http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail?p_p_id=DetailPortlet_WAR_queport&p_p_lifecycle=1&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-1&p_p_col_pos=5&p_p_col_count=7&_DetailPortlet_WAR_queport_querystring=13-)

---

## **„Heißer“ Februar 2012 in Dresden erwartet - bereits jetzt sind acht Demos angemeldet**

*Stephan Lohse*

Dresden. In Dresden muss im kommenden Jahr erneut ein „heißer“ Februar befürchtet werden. Wie die Stadtverwaltung auf Anfrage von DNN-Online mitteilte, liegen für den 13. Februar 2012 bereits sechs Anmeldungen für Demonstrationen und Kundgebungen vor. Für den 18. Februar, den Samstag nach dem geschichtsträchtigen Datum, sind bislang zwei Anmeldungen bei der Stadt eingegangen. Sämtliche Anmeldungen konzentrieren sich laut Verwaltung auf den Bereich der Dresdner Altstadt.

Es handele sich aber eindeutig um eine Momentaufnahme, stellte Kai Schulz, Sprecher der Stadt Dresden, klar. Bis zum Februar werde sich die Lage höchstwahrscheinlich noch kräftig verändern. Er rechnete damit, dass die Anmeldungs-Lage zunächst erst einmal stabil bleibe, erfahrungsgemäß gebe es aber vor allem in den 14 Tagen vor den beiden Terminen noch jede Menge Aktivität.

Bisher seien für den 13. Februar, dem Jahrestag der alliierten Bombenabwürfe über Dresden, von sechs Veranstaltungen zwei dem rechten Spektrum zuzuweisen. Da der 13. Februar im kommenden Jahr auf einen Montag fällt, wird für Samstag, den 18. Februar, mit den eigentlichen Groß-Demos gerechnet. Hier liegen bislang zwei Anmeldungen vor, davon eine aus dem rechten Lager.

Wer genau hinter den verschiedenen Demo-Anmeldungen steckt, teilte die Stadtverwaltung nicht mit. Grünen-Stadtrat Torsten Schulze bestätigte auf Anfrage von DNN-Online, dass es Veranstaltungen seiner Partei an beiden Tagen geben werde. In welchem Umfang, wolle man parteiintern am Wochenende besprechen. „Wir werden verschiedenen Angebote für die Bürger und Interessierten an diesen Tagen stellen“, so Schulze.

Ralf Hron, Chef des deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Dresden bestätigte, dass es am 13. Februar so „etwas Ähnliches“ wie eine Menschenkette geben werde. Diese werde vom DGB gemeinsam mit der Stadt Dresden im Rahmen einer Arbeitsgruppe organisiert. Das Bündnis Dresden Nazifrei will sich ebenso wie die Linkspartei bisher nicht konkret zu geplanten Aktionen äußern.

Aus dem Lager der Rechtsextremen haben bisher weder die NPD noch die bislang bei den Dresdner Demos mit tonangebende Junge Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) eventuelle Demos auf ihren Homepages veröffentlicht. Hingegen lädt das sogenannte „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“, laut sächsischem Verfassungsschutz getragen von den „Freien Kräften“ innerhalb der Nazi-Szene, für den 13. Februar zu einem „Trauermarsch“ ein. Die Verfassungsschützer hatten bereits im April mitgeteilt, dass die „Freien Kräfte“ unzufrieden mit der Organisation der JLO seien und die Organisation der Aktivitäten für 2012 selbst übernehmen wollten.

Am 13. Februar dieses Jahres hatten sich rund 17.000 Teilnehmer an einer

Menschenkette rund um die Dresdner Altstadt beteiligt. Zudem gedachten zahlreiche Menschen der Opfer des Bombenangriffes. Allerdings zogen am Abend auch mehrere Hundert Nazis mit Fackeln durch die Dresdner Südvorstadt. Ein vom Bündnis Dresden-Nazifrei geplanter Gedenkmarsch zu Dresdner Schauplätzen des NS-Terrors war hingegen verboten worden.

Am darauffolgenden Samstag, den 19. Februar, kam es dann zu gewaltsamen Ausschreitungen von rechts wie links. Trotz weitreichender Sperrungen gelang es zwar Tausenden Gegendemonstranten, einen weiteren Neonazi-Aufmarsch mit größtenteils friedlichen Blockaden zu verhindern. Am Rande allerdings lieferten sich zahlreiche Linksautonome Straßenschlachten mit der Polizei, die sich ebenso gewaltbereiter Neonazis erwehren musste. Zudem kam es im Stadtteil Löbtau zu einem Angriff von rund 200 Rechtsextremen auf ein linkes Wohnprojekt, den die Polizei nicht verhindern konnte. Die Stadt hatte zuvor mehrfach versucht, die am Hauptbahnhof und in der Südvorstadt angemeldeten Nazi-Demos nach Cotta verlegen zu lassen oder zumindest zu einer Demo zusammenzufassen, war allerdings vor dem Verwaltungsgericht Dresden gescheitert.

Juristische Aufregung gab es auch im Nachhinein. Zum einen verfolgt die sächsische Justiz bis heute zahlreiche der Blockierer, zum anderen wurde publik, dass die Polizei am 19. Februar großflächig in Dresden Handydaten gespeichert hatte. Der Dresdner Polizeipräsident wurde deswegen in eine andere Direktion versetzt.

© DNN-Online, 12.10.2011, 20:00 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/dresden-nachrichten/detail/-/specific/Heisser-607366625>

---

## **Landtag in Dresden: Die Linke scheitert mit Antrag zu Hahns Immunität**

*dpa*

Dresden. Der sächsische Landtag wird wie geplant über die Aufhebung der Immunität des Fraktionschefs der Linken, André Hahn, abstimmen. Das entschied das Parlament am Mittwoch. Zuvor hatten die Linken beantragt, das Votum bis zur Klärung aller rechtlichen Fragen zu vertagen. Die Grünen halten die strafrechtliche Verfolgung Hahns zwar für „Willkür“, sprachen sich aber gegen den Antrag der Linken aus und warfen ihnen „formale Spielereien“ vor.

Es rege zunehmend auf, dass die Linken sich mit dringlichen Anträgen als Vorkämpfer von Recht und Demokratie gerieren, warf Grünen-Politiker Johannes Lichdi der Linksfraktion vor. Gleichwohl wollen die Grünen am Mittwochabend gegen die Aufhebung der Immunität stimmen.

Hahn soll genau wie seine Linke-Amtskollegen aus den Landtagen von Thüringen und Hessen, Bodo Ramelow sowie Janine Wissler und Willy van Oyen, wegen der Teilnahme an Protesten gegen Neonazis auf die Anklagebank. Ihnen wird ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen.

Die Staatsanwaltschaft Dresden sieht in den Fraktionschefs Rädelsführer von Blockaden gegen Neonazis im Februar 2010 in Dresden und verweist dabei ausdrücklich auf ihre politische Funktion. Hahn hält dagegen, dass sich strafrechtliche Verfolgung nur auf eine konkrete Tat gründen darf, nicht aber auf eine



gewählte Funktion im Parlament. Normalerweise soll politische Immunität Abgeordnete gerade vor Strafverfolgung wegen ihres Amtes schützen.

Ein Gutachten des Wissenschaftliche Dienstes im Bundestag hatte die Ermittlungen der Dresdner Staatsanwälte unlängst infrage stellt.

© DNN-Online, 12.10.2011, 13:43 Uhr

[http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail?p\\_p\\_id=DetailPortlet\\_WAR\\_queport&p\\_p\\_lifecycle=1&p\\_p\\_state=normal&p\\_p\\_mode=view&p\\_p\\_col\\_id=column-1&p\\_p\\_col\\_pos=5&p\\_p\\_col\\_count=7&DetailPortlet\\_WAR\\_queport\\_querystring=Lanntag-in-Dresden-Linken-scheitern-mit-Antrag-zu-Hahns-Immunitaet-4200771390](http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail?p_p_id=DetailPortlet_WAR_queport&p_p_lifecycle=1&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-1&p_p_col_pos=5&p_p_col_count=7&DetailPortlet_WAR_queport_querystring=Lanntag-in-Dresden-Linken-scheitern-mit-Antrag-zu-Hahns-Immunitaet-4200771390)

---

## **Landtag hebt Immunität von Linke-Politiker André Hahn auf - Weg für Anklage frei**

*dpa*

Dresden. Der sächsische Landtag hat trotz rechtlicher Bedenken die Immunität von Linke-Fraktionschef André Hahn aufgehoben. Die CDU/FDP-Koalition und die rechtsextreme NPD stimmten am späten Mittwochabend dafür, Linke, SPD und Grüne dagegen. Mit dem Votum steht einer Anklage Hahns wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz nichts mehr im Wege. Die Staatsanwaltschaft Dresden sieht in Hahn einen „Rädelsführer“ von Protesten gegen Neonazis im Februar 2010 in Dresden. Damals waren Tausende in Dresden auf die Straße gegangen und hatten einen genehmigten Aufmarsch Rechtsextremer blockiert.

Hahn verteidigte am Mittwoch noch einmal seinen friedlichen Protest. „Ich bleibe ausdrücklich dabei: Es ist legitim und richtig, sich gegen derartige Aufmärsche mit friedlichen Mitteln zur Wehr zu setzen.“ Er sehe den dringenden Verdacht einer Missbrauchsverfolgung. Wenn von 12 000 Gegendemonstranten nur einer aus Sachsen vor Gericht gestellt werden solle und derjenige der Chef der Linksfraktion sei, sei die politische Absicht deutlich. Hahn kündigte an, auch bei den neuerlichen Demonstrationen im Februar 2012 dabei zu sein.

Neben Hahn sollen auch seine Linke-Amtskollegen aus den Landtagen von Thüringen und Hessen, Bodo Ramelow sowie Janine Wissler und Willy van Oyen, auf die Anklagebank. Die Staatsanwaltschaft verweist ausdrücklich auf deren politische Funktion. Hahn hält dagegen, dass sich strafrechtliche Verfolgung nur auf eine konkrete Tat gründen dürfe, nicht aber auf eine gewählte Funktion im Parlament. Eigentlich soll politische Immunität Abgeordnete gerade vor Strafverfolgung wegen ihres Amtes schützen. Deshalb schlagen die Wogen hoch.

Die Linken hatten bis zuletzt versucht, die Abstimmung zur Immunität zu vertagen und wollten zunächst ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes im Bundestag auswerten. Denn die Juristen in Berlin stellten die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Dresden unlängst infrage. Für die schwarz-gelbe Koalition war das indes kein Hinderungsgrund. Es gehe um Fragen, die ein Gericht klären müsse, argumentierten die Koalitionspartner. Insofern sei die Immunitätsaufhebung sogar im Interesse Hahns. Die Grünen halten eine Anklage gegen Hahn für „Willkür“.

© DNN-Online, 12.10.2011, 22:47 Uhr

[http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail?p\\_p\\_id=DetailPortlet\\_WAR\\_queport&p\\_p\\_lifecycle=1&p\\_p\\_state=normal&p\\_p\\_mode=view&p\\_p\\_col\\_id=column-1&p\\_p\\_col\\_pos=5&p\\_p\\_col\\_count=7&DetailPortlet\\_WAR\\_queport\\_querystring=Landtag-in-Dresden-Linken-scheitern-mit-Antrag-zu-Hahns-Immunitaet-3394252659](http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail?p_p_id=DetailPortlet_WAR_queport&p_p_lifecycle=1&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-1&p_p_col_pos=5&p_p_col_count=7&DetailPortlet_WAR_queport_querystring=Landtag-in-Dresden-Linken-scheitern-mit-Antrag-zu-Hahns-Immunitaet-3394252659)

---

## **Prozess gegen Nazi-Blockierer ausgesetzt - Beteiligung des Angeklagten auf dem Prüfstand**

**Dresden** (DNN). Der erste Prozess im Zusammenhang mit Blockaden eines Neonazi-Aufmarschs am 19. Februar in der Dresdner Südvorstadt ist gestern am Amtsgericht nach einer Zeugenaussage abgebrochen worden. Richter Hajo Falk erklärte, es seien rechtliche und tatsächliche Probleme aufgetaucht, die vor einer Entscheidung geklärt werden müssten. Rechtsanwältin Kristin Pietrzyk, die den Angeklagten vertrat, sagte, sie gehe davon aus, dass die Staatsanwaltschaft den Sachverhalt weiter ausermitteln wird. "Da müssen noch Zeugen vernommen werden. Die Sache ist noch nicht entscheidungsreif", so die Juristin.

Die Staatsanwaltschaft wirft dem 22-jährigen Studenten Daniel H. vor, am 19. Februar in den Nachmittagsstunden mit rund 1700 Demonstranten die Kreuzung Löfflerstraße/Reichenbacher Straße blockiert zu haben. Deshalb habe ein genehmigter Aufzug Rechtsextremer nicht durchgeführt werden können. Daniel H. habe sich nach Paragraf 21 des Bundesversammlungsgesetzes strafbar gemacht, in dem es heißt: "Wer in der Absicht, nichtverbotene Aufzüge zu verhindern oder zu sprengen oder sonst ihre Durchführung zu vereiteln, Gewalttätigkeiten vornimmt oder androht oder auch grobe Störungen verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe verurteilt." Daniel H. wurde nach Aktenlage zu einer Geldstrafe von 15 Tagessätzen à zehn Euro verurteilt, aber er legte Einspruch gegen den sogenannten Strafbefehl ein. Die vom Juristischen Dienst des Bundestages aufgeworfene Frage, ob das Bundesversammlungsgesetz überhaupt angewendet werden kann (DNN berichteten), wurde gestern nicht erörtert. Vor zahlreichen Zuhörern aus dem linken Spektrum, darunter auch der SPD-Landtagsabgeordnete Karl Nolle, bezweifelte Pietrzyk, dass ihrem Mandanten eine Teilnahme an der Blockade nachgewiesen werden könne. Die Polizei habe zwar seine Personalien an der fraglichen Kreuzung notiert. Aber es seien nicht nur Blockierer ins Visier der Beamten geraten, sondern auch unbeteiligte Passanten.

Ein Polizeibeamter aus Köln, der am 19. Februar in Dresden eingesetzt war, berichtete zuvor von massiver Gewalt der Blockierer gegen Polizisten. "Da sind Leute mit Eisenstangen, Flaschen und Holzknüppeln auf uns zugerannt." Falk bat die Verteidigerin und Staatsanwalt Matthias Mittag zu einem Rechtsgespräch in sein Beratungszimmer - und setzte den Prozess danach aus. Ein neuer Anlauf soll im Dezember starten.

*Aus den Dresdner Neuesten Nachrichten vom 13.10.2011.*

© DNN-Online, 13.10.2011, 09:35 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/dresden-nachrichten/detail/-/specific/Prozess-gegen-Nazi-Blockierer-ausgesetzt-Beteiligung-des-Angeklagten-auf-dem-Pruefstand-1416740563>

---



## Radio PSR

### Debatte um André Hahns Immunitätsaufhebung

12.10.2011, 12:42 Uhr

Um die Aufhebung der Immunität von Linksfraktionchef André Hahn ist im Landtag bereits eine hitzige Debatte entbrannt. Die Linksfraktion hatte am Morgen beantragt, die Abstimmung über die Immunitätsaufhebung Hahns abzusetzen. Die Parlamentarier lehnten das allerdings ab, sodass heute Abend in Dresden doch darüber entschieden wird. Hahn wird ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz bei den Demonstrationen am 13. Februar 2010 vorgeworfen. Hahn selbst bestreitet das und sieht sich als Opfer einer politisch motivierten Strafverfolgung.

[http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2514551/Debatte\\_um\\_Andre\\_Hahns\\_Immunitaetsaufhebung.html](http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2514551/Debatte_um_Andre_Hahns_Immunitaetsaufhebung.html)

---

### Immunität von Linkenfraktionschef Hahn aufgehoben

13.10.2011, 05:27 Uhr

Der sächsische Landtag hat in der Nacht die Immunität von Linksfraktionschef Andre Hahn aufgehoben. Hintergrund sind Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, die Hahn einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorwirft. Er soll am 13. Februar 2010 an einer Blockade einer Nazi-Demo beteiligt gewesen sein. Hahn weist das zurück und vermutet reine Willkür hinter der Strafverfolgung, weil ähnliche Verfahren gegen andere Politiker längst eingestellt wurden.

[http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2515723/Immunitaet\\_von\\_Linkenfraktionschef\\_Hahn\\_aufgehoben.html](http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2515723/Immunitaet_von_Linkenfraktionschef_Hahn_aufgehoben.html)

---

## Mitteldeutscher Rundfunk

### Landtag hebt Immunität von Linken-Fraktionschef Hahn auf

Der sächsische Landtag hat trotz rechtlicher Bedenken die Immunität von Linken-Fraktionschef André Hahn aufgehoben. Die CDU/FDP-Koalition und die rechtsextreme NPD stimmten am späten Mittwochabend dafür, Linke, SPD und Grüne dagegen. Mit dem Votum steht einer Anklage Hahns wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz nichts mehr im Weg.

Hahn soll wegen seiner Teilnahme an Protesten gegen Rechtsextreme im Februar 2010 in Dresden auf die Anklagebank. Die Staatsanwaltschaft sieht in Hahn einen Rädelsführer von Blockaden gegen den genehmigten Neonazi-Aufmarsch. Die Anhänger der rechten Szene konnten damals nicht durch die Stadt marschieren, weil Gegendemonstranten den Versammlungsort blockierten.

### Aufruf zu illegalen Aktionen?

Hintergrund ist ein Video auf Hahns Internetseite, das ihn inmitten von Demonstranten zeigt. Nach Angaben der Linkspartei ging der Film aber erst zwei Tage nach der Kundgebung online, womit der Vorwurf des Aufrufs zu nicht genehmigten Aktionen hinfällig sei. Hahn selbst spricht von einem politisch motivierten Verfahren und weist die Vorwürfe zurück.

Die CDU/FDP-Koalition stimmte der Immunitätsaufhebung zu, obwohl es rechtliche Bedenken gibt. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hatte die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Dresden unlängst infrage gestellt.

### **Immunität von Ramelow bereits aufgehoben**

Der Justizausschuss des Thüringer Landtags hatte bereits in der vergangenen Woche die Immunität des Linke-Fraktionschefs Bodo Ramelow aufgehoben. Die Staatsanwaltschaft Dresden wirft dem Politiker vor, die Blockade des Neonazi-Aufmarschs am 13. Februar 2010 in Dresden mitorganisiert zu haben. Ramelow hatte dort zu einer Fraktionssitzung unter freiem Himmel aufgerufen. Gegen die beiden beiden Fraktionsvorsitzenden der Linken im Hessischen Landtag, Janine Wissler und Willi van Ooyen, ermittelt die Staatsanwaltschaft ebenfalls.

Zuletzt aktualisiert: 13. Oktober 2011, 09:00 Uhr

<http://www.mdr.de/nachrichten/hahnimmunitaet100.html>

---

### **Neonazi-Aufmärsche in Dresden: Landtag streitet weiter über Formen des Protests**

Im Sächsischen Landtag ist erneut ein Streit über die Formen des Protestes gegen Neonazi-Aufmärsche in Dresden entbrannt. Anlass war eine von den Koalitionsfraktionen CDU und FDP auf die Tagesordnung gesetzte Debatte, mit der ein "Gewaltschulungsseminar" an der TU Dresden thematisiert wurde. Der CDU-Abgeordnete Volker Bandmann erklärte, während der Veranstaltung sei auch "das Durchfließen von Polizeiketten" besprochen worden. Dies sei ein erneuter Aufruf zu Straftaten gewesen. Der FDP-Abgeordnete Benjamin Karabinski sagte, Teilen der Opposition sei offenbar nach wie vor jedes Mittel recht, um gegen die Aufmärsche der Rechtsextremen vorzugehen. Gewalttätige Blockaden wären jedoch nicht durch das Grundgesetz gedeckt.

### **Vorwürfe an SPD-Abgeordnete**

Karabinski warf der SPD-Abgeordneten Sabine Friedel vor, sie beschäftige in ihrem Wahlkreisbüro den Sprecher des "Bündnisses Dresden Nazifrei". "Also eben jener Gruppierung, die im Rahmen der 'Aktivierungskonferenz' an der TU Dresden einen 'Blockadeworkshop' abhalten wollte", erklärte der FDP-Politiker. Friedel entgegnete, der Workshop habe überhaupt nicht stattgefunden und weder gegen sie, noch gegen ihren Mitarbeiter liefen irgendwelche Ermittlungen. "Sie erklären friedliche Proteste gegen Nazis zu einem Problem, damit vergiften sie das Klima in unserer Gesellschaft", sagte die SPD-Politikerin.

### **CDU-Abgeordneter deutet Gesprächsbereitschaft an**

Der CDU-Abgeordnete Christian Hartmann deutete in der Debatte Gesprächsbereitschaft an, um die verhärteten Fronten im Streit um die Proteste gegen Nazidemos aufzubrechen. Die Christdemokraten seien dafür, in Dresden künftig "in Sicht- und Hörweite zu den Rechtsextremen" friedliche Proteste zuzulassen, sagte Hartmann. Die CDU wolle damit ein Signal des Dialogs senden. "Auch mit der Linken sind wir bereit, diese Gespräche zu führen", erklärte der CDU-

Politiker. Der Grünen-Abgeordnete Johannes Lichdi begrüßte das Gesprächsangebot. Entscheidend sei jedoch die Position der Dresdner Polizei und des sächsischen Innenministeriums. Diese würden weiter auf einer klaren räumlichen Trennung der Neonazis und ihrer Gegner beharren. Der Aufmarsch der Rechtsextremen und die Proteste gegen sie waren im Februar nur auf verschiedenen Seiten der Elbe erlaubt worden.

### **Ulbig zeigt keine Bewegung**

Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) ging im Landtag auf das von Lichdi angesprochene "Trennungsgebot" oder eine mögliche Änderung der Strategie der Polizei nicht ein. Ulbig erteilte Blockaden der Nazi-Kundgebungen erneut eine klare Absage und erklärte, alle müssten "sich nun ganz engagiert zusammensetzen".

### **Weitere Blockaden geplant**

Das umstrittene Treffen, das CDU und FDP zum Gegenstand der Debatte gemacht hatten, fand am Wochenende in einem Gebäude der TU-Dresden statt. Die rund 250 Teilnehmer hatten sich in der vom "Bündnis Dresden Nazifrei" organisierten Veranstaltung darauf verständigt, auch die im Februar 2012 geplanten Naziaufmärsche wieder zu verhindern. Es solle so lange protestiert und blockiert werden, bis es keine Naziaufmärsche in Dresden mehr gebe, wurde nach Abschluss des Treffens erklärt.

Zuletzt aktualisiert: 12. Oktober 2011, 22:19 Uhr

[http://www.mdr.de/nachrichten/proteste-gegen-nazis100\\_zc-e9a9d57e\\_zs-6c4417e7.html](http://www.mdr.de/nachrichten/proteste-gegen-nazis100_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html)

---

### **"Nicht eindeutige Beweislage": Erster Prozess wegen Demo-Blockaden in Dresden geplatzt**

Vor dem Dresdner Amtsgericht ist ein erster Prozess gegen einen der Blockierer des Neonazi-Aufmarsches vom 19. Februar geplatzt. Richter Hajo Falk erklärte, es müsse weitere Ermittlungen geben, die vorliegende Beweislage sei nicht eindeutig. Das Gericht hatte das Verfahren nach dem Verlesen der Anklage, einer Zeugenvernehmung und einem anschließenden Rechtsgespräch mit den Prozessbeteiligten ausgesetzt. Das Verfahren soll wahrscheinlich im Dezember erneut starten. Angeklagt ist ein 22-jähriger Student aus Dresden. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vor, weil er sich in der Nähe des Dresdner Hauptbahnhofs mit rund 1.700 weiteren Aktivisten an der etwa zweistündigen Blockade des Neonazi-Aufmarsches beteiligt haben soll.

### **Polizist erinnert sich nicht an den Angeklagten**

In dem Verfahren hatte ein Polizist ausgesagt, dass viele Personen die Straße blockiert hatten. An den Angeklagten konnte sich der Beamte nicht erinnern. Der junge Mann selbst hatte zu den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft geschwiegen. Seine Verteidigerin Kristin Pietrzyk sagte, es sei möglich, dass Passanten in den Polizeikessel gelangt seien, die gar nicht an der Blockade teilgenommen hätten. Die Polizei hatte am 19. Februar die Personalien des Angeklagten aufgenommen. Die

Staatsanwaltschaft beantragte später einen Strafbefehl über 150 Euro gegen ihn. Weil der Student die Strafe nicht akzeptierte, kam es zum Prozess.

## **Sympathiekundgebungen für den Angeklagten**

Vor dem Gericht hatte es Sympathiebekundungen für den Angeklagten gegeben. Die Verhandlung selbst verfolgten mehrere Dutzend Menschen, darunter auch Aktivisten des "Bündnisses Dresden Nazifrei". Sie hatten vor dem Gebäude ein Transparent mit der Aufschrift "Ziviler Ungehorsam ist legitim" entrollt. Unter den Zuschauern befand sich auch der SPD-Landtagsabgeordnete Karl Nolle.

Schon am Vormittag sollte der Prozess gegen eine Lehrerin beginnen, der ebenfalls die Teilnahme an einer Blockade vorgeworfen wird. Wegen einer Erkrankung der Angeklagten wurde die Verhandlung jedoch kurzfristig abgesagt. Bereits am Montag hatten Amtsgericht und Staatsanwaltschaft auch den Prozess gegen eine weitere Blockiererin vertagt, Gründe dafür wurden nicht genannt. Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft die Teilnehmer der Blockaden ist bundesweit umstritten. Die Anklagebehörde leitete in der Vergangenheit Ermittlungen gegen mehr als 200 mutmaßliche Blockierer ein.

Zuletzt aktualisiert: 12. Oktober 2011, 17:56 Uhr

[http://www.mdr.de/nachrichten/blockadeprozess100\\_zc-e9a9d57e\\_zs-6c4417e7.html](http://www.mdr.de/nachrichten/blockadeprozess100_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html)

## **Morgenpost, Ausgabe Dresden**

### **13. Februar: Links-Schwenk bei der CDU**

#### **Beim Streit um die richtige Strategie gegen Nazis geht die Union auf Versöhnungskurs – und lässt Hardliner Bandmann rechts liegen**

*Von Jens Jungmann*

DRESDEN – Die Debatte um den Umgang der Parteien mit dem 13. Februar in Dresden hat im Landtag zu neuen Bündnissen geführt: Die CDU streckte die Hand zur Versöhnung. Sie setzte allerdings eine entscheidende Bedingung: keine Blockaden! Nicht alle in den eigenen Reihen und der FDP waren begeistert.

Statt „Klein-Klein“ gab es einen großen Wurf der CDU: Nicht Innenpolitiker Volker Bandmann ging zuerst in die Bütt, sondern Stellvertreter Christian Hartmann. „Bislang gab es kein gemeinsames Handeln der demokratischen Kräfte am 13. Februar in Dresden“, begann er sachlich. „So eine Gewalteskalation wie in diesem Jahr möchte ich nicht noch einmal erleben.“ Deswegen reichte er, einst Dresdner Stadtrat, die Hand zur Versöhnung.

„Das Gemeinsame, nicht das Trennende muss künftig im Mittelpunkt stehen. Der Wettbewerb um die besten Antifaschisten muss aufhören!“ Dafür gab es Applaus aller fünf demokratischen Fraktionen.

Dann wurde Hartmann konkret: „Das heißt auch für die CDU, dass wir Proteste in Sicht- und Hörweite, aber nicht in Steinwurfweite akzeptieren!“ Gemeinsam solle man gegen Neo-Nationalsozialismus vorgehen. „Aber gewaltfrei! Das heißt: keine Blockaden und ausschließlich friedlicher Protest!“

Das Versöhnungsangebot wurde von Linken, SPD und Grünen aufmerksam gehört, Hartmann dafür gelobt. „Jetzt müssen Taten folgen“, so Sabine Friedel (SPD). Klaus Bartl (Linke) begrüßte den neuen Ansatz der Union: „Wir müssen zurückkommen auf den eigentlichen Ansatz. Das Recht auf freie Versammlung muss in Sachsen endlich gelten.“

Dann ging Volker Bandmann zum Rednerpult – als Kontrapunkt zu Hartmann. Undifferenziert warf er alles in einen Topf: Ein abgesagtes „Blockadetraining“ an der TU (Morgenpost berichtete) vermengte er mit den versuchten Brandanschlägen auf die Bahn, um eine linksextreme Gefahr heraufzubeschwören. Und löste prompt alte Beißreflexe bei Linken, Grünen und SPD aus.

Miro Jennerjahn (Grüne) versuchte die Debatte wieder auf das Anfangsniveau zu bringen: „Was war denn bei dem angeblichen Blockadetraining, aus dem Sie dann mit aller Macht Gewalt ableiten wollen, geplant? Es ging darum, wie Polizeisperren umgangen oder durchflossen werden.“ Wie man deeskalierend aus brenzlichen Situationen herauskommt: Ein Kurs an der TU, wie er seit den 70er-Jahren an diversen Unis stattfindet.

Innenminister Markus Ulbig (CDU) brachte es auf den Punkt: „Es geht um ein Bekenntnis gegen Extremismus und dass wir alle zusammen ein kraftvolles Zeichen 2012 setzen. Rechtsextremismus bekämpft man nicht an einem Tag!“ Christian Piwarz, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU am Rande des Plenums: „Es ärgert mich, dass wir im Landtag zum Stellvertreter-Plenum der Stadt Dresden werden.“ Denn eine gemeinsame Aktion kann nur die Stadt Dresden selbst auf den Weg bringen.

---

## **Über den Schatten**

*Von Gerhard Jakob*

Und sie bewegt sich doch. Nach jahrelanger Blockadepolitik beim Kampf gegen rechts rührt sich offenbar was in der CDU. Wie's scheint, vor allem Sinn und Verstand. Der Kurswechsel, mit dem sich die Union nun auf die „linke“ Opposition zubewegt, kam nicht nur für die Fraktionen von SD, Grünen und Linken überraschend, sondern auch für einige CDU-Hardliner und die Kollegen von der FDP.

Der Schritt war so überfällig wie mutig. Überfällig, weil auch in der CDU die Einsicht in die normative Kraft des Faktischen dämmert. Demos gegen die Nazis quasi auf den Hinterhof zu verbannen, lässt sich praktisch nicht durchsetzen – nicht mal um den Preis des Verfassungsbruchs, an dessen Rand Polizei und Staatsanwaltschaft in diesem Jahr mit ihren Razzien und fragwürdigen Daten-Abschöpfaktionen entlanggetänzelt sind.

Aber die neue CDU-Position ist auch mutig. Denn sie verlangt vor allem von den Hardlinern der Partei, über ihren Schatten zu springen. Wenn diese das nicht tun, droht der sächsischen Union eine Zerreißprobe.

Ein Schattensprung wird nun aber auch von SPD, Linken und Grünen erwartet. Sie müssen ihre offene oder indirekte Liebelei mit harten Blockaden gegen Naziaufmärsche zumindest überdenken, sich gar davon verabschieden.

Wenn es gegen die Nazis geht, zählt vor allem Geschlossenheit. Die Einigkeit gegen rechts sollte allen einen Kompromiss wert sein.

---

### **Der erste Blockierer-Prozess: Kaum eröffnet, schon vertagt**

DRESDEN – Nach den Blockaden am 19. Februar 2011 sollten zahlreiche Demonstranten Geldstrafen wegen Störung von Aufzügen zahlen. Sie legten Einspruch ein. Nun muss jeder Fall am Amtsgericht verhandelt werden. Den Anfang machte gestern der Student Daniel H. (22). Er wehrte sich gegen 150 Euro Strafe.

Laut Anklage hatte er die Fritz-Löffler-Straße trotz Aufforderung der Polizei nicht verlassen. „So wurde der angemeldete Aufzug verhindert“, sagte der Staatsanwalt. Gemeint war den Nazi-Aufmarsch. Daniel H. schwieg. Also rief Richter Hajo Falk einen Polizisten in den Zeugenstand.

Der Beamte aus Köln schilderte, dass Katja Kipping (MdB, Die Linke) vor Ort für die Fritz-Löffler-Straße eine Spontan-Demo anmeldete. Übrigens auf einem Formular der Stadt Köln, weil die auswärtigen Beamten keine Dresdner bekommen hatten.

Auflage war aber, die Reichenbachstraße zu nutzen. „Aber Frau Kipping konnte sich nicht durchsetzen und erklärte ihre Demo für beendet“, so der Polizist. „Danach haben wir drei Mal aufgefordert, den Platz zu räumen. Weil das nicht geschah, umschlossen wir die Gruppe, nahmen Personalien auf. An den Angeklagten kann ich mich allerdings nicht erinnern.“

Auch das Polizeivideo brachte wenig Erhellendes: Es zeigte weder Zeit noch Datum, dafür vor allem Polizisten, welche die Fritz-Löffler-Straße hinauf- oder hinablaufen. Die Szene der „Umschließung“ zeigte gar einen Durchbruch. Die Polizeikette riss, schloss sich nur mühsam wieder. Und dabei gerieten offenbar auch Passanten in den „inneren Ring“, die vorher „außen“ standen.

Daraufhin wurde der Prozess vertagt. Richter Falk: „Es gibt noch einige Fragen zu klären.“ **sts**

---

### **Immunität: Roter Hahn muss zittern**

Dresden – Am späten Abend stimmte der Landtag über die Aberkennung der Immunität von Linke-Fraktionschef André Hahn (Morgenpost berichtete) ab. Schon vor Eintritt in die Tagesordnung am Morgen versuchte Klaus Tischendorf (Linke), diesen Tagesordnungspunkt streichen zu lassen: „Es gibt neue Erkenntnisse, die wir bedenkenmüssen!“ Johannes Lichdi (Grüne): „Wir sehen die strafrechtliche Verfolgung von Herrn Hahn als juristische Willkür an.“ Aber es rege ihn zunehmend auf, dass die Linke mit solchen Tricks und dringlichen Anträgen immer wieder versuche, sich „als Vorkämpfer von Recht und Demokratie“ zu gerieren. Man werde aber –wie Linke und SPD – gegen die Aufhebung der Immunität stimmen. Christian Piwarz (CDU): „Die Immunität schützt nicht den Abgeordneten selbst vor Strafe, sondern schützt das Parlament vor Eingriffen in seine Arbeitsfähigkeit.“



Die Abstimmung fand nach Redaktionsschluss statt, allerdings verfügten CDU/FDP über genügend Stimmen für die geplante Aufhebung der Immunität. **JU**

---